



SITZUNGSVORLAGE

Thema:	Organisationsuntersuchung des Hauptamtes - aktueller Sachstand
---------------	---

Frühere Beratungen:	AFVK vom 22.09.2021, Vorlage 683/2021
---------------------	---------------------------------------

Anlagen:	1
----------	---

Sachvortrag :	Herr Ahr, Geschäftsführer GfV Köln Herr Sauter, Leiter Hauptamt	Zeitdauer (ca.):	20 Min.
---------------	--	------------------	---------

Beschlussvorschlag:	<ol style="list-style-type: none">1. Der Sachstandsbericht der Organisationsuntersuchung im Hauptamt wird zur Kenntnis genommen.2. Dem vorgelegten Stufenplan zur schrittweisen Umsetzung der neuen Organisation, insbesondere der Aufteilung des Hauptamtes wird zugestimmt.3. Die Verwaltung wird beauftragt, die für die Umsetzung der ersten Stufe ab dem Jahr 2022 notwendigen Stellen und Mittel im Haushalts- und Stellenplan vorbehaltlich der Haushaltsplanberatungen einzustellen.
----------------------------	---

Gremium	Zuständigkeit	Sitzung am	Öffentlichkeitsstatus
Kreistag	Beschluss	06.10.2021	öffentlich

Finanzielle Auswirkungen (mit der Kämmerei abzustimmen!): ja nein

Aufwendungen/Auszahlungen

Ergebniswirksam: <input checked="" type="checkbox"/>			Investiv: <input type="checkbox"/>		
Einmaliger Aufwand	_____	Euro	Einmalige Auszahlung	_____	Euro
Jährlicher Aufwand	650.000	Euro	Jährliche Auszahlungen	_____	Euro
Gesamtbetrag	_____		Gesamtbetrag	_____	
Aufwand 1. Jahr	300.000	Euro	Auszahlung 1. Jahr	_____	Euro
Aufwand 2. Jahr	_____	Euro	Auszahlung 2. Jahr	_____	Euro
Aufwand 3. Jahr	_____	Euro	Auszahlung 3. Jahr	_____	Euro
Aufwand 4. Jahr	_____	Euro	Auszahlung 4. Jahr	_____	Euro
			Jährliche Abschreibung	_____	Euro

Erträge/Einzahlungen

Ergebniswirksam: <input type="checkbox"/>			Investiv: <input type="checkbox"/>		
Einmaliger Ertrag	_____	Euro	Einmalige Einzahlungen	_____	Euro
Jährliche Erträge	_____	Euro	Jährliche Einzahlungen	_____	Euro
Gesamtbetrag	_____		Gesamtbetrag	_____	
Ertrag 1. Jahr	_____	Euro	Einzahlung 1. Jahr	_____	Euro
Ertrag 2. Jahr	_____	Euro	Einzahlung 2. Jahr	_____	Euro
Ertrag 3. Jahr	_____	Euro	Einzahlung 3. Jahr	_____	Euro
Ertrag 4. Jahr	_____	Euro	Einzahlung 4. Jahr	_____	Euro
			Jährliche Auflösung	_____	Euro

Mittelbereitstellung im Haushalt:

Ergebnishaushalt: <input type="checkbox"/>	Investitionshaushalt: <input type="checkbox"/>
Produkt: _____	Investitions-Nr. _____
Kostenstelle: _____	
Sachkonto: _____	
Zur Verfügung stehende Mittel: _____ Euro	

ggf. noch bereit zu stellen: _____ Euro

Deckungsvorschlag:	
Ergebnishaushalt: <input type="checkbox"/>	Investitionshaushalt: <input type="checkbox"/>
Produkt: _____	Investitions-Nr. _____
Kostenstelle: _____	
Sachkonto: _____	

Medien: PowerPoint pdf-Datei CD/DVD Stick

Sofern Präsentationen erforderlich werden, lassen Sie diese bitte mindestens fünf Tage vor den jeweiligen Sitzungen der Geschäftsstelle Kreistag zukommen.

Elektronisch mitgezeichnet von:

<input checked="" type="checkbox"/> Landrat	<input checked="" type="checkbox"/> Dezernat 1	<input type="checkbox"/> Dezernat 2
<input checked="" type="checkbox"/> Dezernat 3	<input type="checkbox"/> Dezernat 4	<input checked="" type="checkbox"/> Hauptamt

1. Ausgangslage:

Im Zusammenhang mit einer Verstetigung und Verstärkung der Aktivitäten im Hinblick auf die weitere Digitalisierung der Landkreisverwaltung sowie auf die sich aus dem letzten Personalbericht ergebende Weiterentwicklung der Personalarbeit hat der Ausschuss für Finanzen, Verwaltung und Kultur eine Organisationsuntersuchung des Hauptamtes beschlossen (TOP 1 der Sitzung vom 2. Dezember 2020 - Vorlage 419/2020/1).

Mit der Untersuchung beauftragt wurde die Gesellschaft für Verwaltungsberatung GfV aus Köln.

In den letzten Monaten konnte mit der Prüfung und Bewertung der unterschiedlichen Aufgaben des Hauptamtes begonnen werden. Den die Untersuchung begleitenden Mitgliedern des Kreistages konnten am 20. Juli 2021 erste Ergebnisse vorgestellt werden. In einer weiteren Sitzung des begleitenden Gremiums am 16. September 2021 wurden dann detailliertere Ergebnisse der Tätigkeitsanalyse sowie der Personalbedarfsbemessung präsentiert.

In seiner Sitzung am 22. September 2021 wurden diese Ergebnisse auch dem Ausschuss für Finanzen, Verwaltung und Kultur vorgestellt und dort intensiv diskutiert. Die Verwaltung erhielt hierbei den Auftrag, für die beschließende Sitzung des Kreistages ein Stufenkonzept vorzulegen, wie eine schrittweise Umsetzung der vom Beratungsunternehmen vorgeschlagenen Änderungen aussehen könnte.

Die Ergebnisse der Untersuchung sind als Anlage diesem Vorbericht beigefügt.

2. Sachverhalt:

In seinem Untersuchungsbericht kommt das Beratungsunternehmen zum Ergebnis, dass die aktuelle Organisation des Hauptamtes nicht mehr geeignet ist, die in näherer Zukunft auf die Verwaltung des Landratsamtes zukommenden Aufgaben sachgerecht erledigen zu können. Empfohlen wird, das Hauptamt in ein Amt für Personal und zentrale Dienste einerseits sowie ein Amt für Innovation, Organisation und Digitalisierung andererseits aufzuteilen. Viele Landratsämter haben diese Aufgaben bereits auf zwei Ämter aufgeteilt.

Diese Aufteilung soll zum einen dem Landratsamt als Arbeitgeber die notwendigen Möglichkeiten verschaffen, um im Personalmanagement zukunftsorientiert bestehen zu können. Andererseits soll die Stärkung des technischen bzw. organisatorischen Teils des Hauptamtes den Aufgaben in Richtung Digitalisierung, IT Sicherheit und Aufbau-/ Ablauforganisation zusätzlichen Auftrieb geben.

Für diese Entwicklung sieht das Gutachten einen finalen Stellenbedarf für beide Ämter von insgesamt rund 65 Stellen vor.

Aktuell sind im Stellenplan für die Bereiche des Hauptamtes insgesamt Stellen im Umfang von 50,28 Stellen vorhanden. Davon ist eine Stelle als sogenannte „Leerstelle“ von einer Mitarbeiterin in Elternzeit belegt. Eine weitere Stelle ist mit einem „kw-Vermerk“ versehen, müsste also bei einem Wechsel bzw. Kündigung der Stelleninhaberin abgebaut werden.

Im Ergebnis wäre also für die vollumfängliche Umsetzung des Gutachtens ein Stellenzuwachs von rund 16 Stellen zuzüglich des (kostenneutralen) Wegfalls des „kw-Vermerks“ erforderlich.

Der große Stellen-Mehrbedarf hat mehrere Ursachen. Einerseits wurden die großen Personalzuwächse im Landratsamt seit 2015 nur rudimentär stellenplantechnisch auch im Haupt-

amt mit abgebildet (im Bereich Personal und EDV sind in den letzten 18 Monaten über 2.200 Mehrarbeitsstunden aufgelaufen).

Andererseits entstanden in den Aufgabenbereichen des Hauptamtes zahlreiche neue Anforderungen bzw. wuchs der Bedarf an die vorhandenen Bereiche. Beispiele sind Themen wie Demographie, Personalmarketing, verbesserte Ausbildung, zusätzliche organisatorische Aufwände eines immer größer werdenden Landratsamtes, zunehmende Technisierung und das oben bereits genannte Thema der immer wichtiger werdenden IT Sicherheit. Das Gutachten weist außerdem darauf hin, dass verschiedene Aufgabenbereiche derzeit überhaupt nicht oder allenfalls rudimentär wahrgenommen werden (können), z.B. Weiterentwicklung von Personalmarketing/-recruiting, Organisationsberatung, Wissensmanagement (Prozessmodellierung), Digitalisierungsprojekte, Vorsorgekartei (Arbeitsschutz).

Alleine für eine nachhaltige Stabilisierung der aktuellen Aufgaben des derzeitigen Hauptamtes sieht das Gutachten daher einen Mehrbedarf von rund 7,5 Stellen vor.

Die Umsetzung der im Gutachten vorgeschlagenen Änderungen stellt das Hauptamt vor enorme Herausforderungen. Daher ist nur ein schrittweises Vorgehen möglich, um die unbedingt notwendige Aufrechterhaltung der Funktionen für das Landratsamt sicherstellen zu können.

Zudem gibt dies die Möglichkeit, Erfahrungen mit den umgesetzten Änderungen machen zu können und gegebenenfalls steuernd einzugreifen, falls sich andere oder bessere Lösungen ergeben.

Die vorgeschlagene Aufteilung des Hauptamtes setzt zunächst die Besetzung der zweiten Amtsleitung voraus, die dann im weiteren Prozess das neue Amt aufbauen kann. Zusammen mit den erkannten, notwendigen Stellen für die Stabilisierung des Amtes sowie weiterem Bedarf für einen Einstieg in die Stärkung der Bereiche Organisation und Digitalisierung schlägt die Verwaltung einen Stellenzuwachs von 10 Stellen für den Stellenplan 2022 vor.

Nach Umsetzung der Aufteilung würden sich diese Stellen wie folgt auf die beiden Ämter verteilen:

Amt für Personal und zentrale Dienste: + 3,5 Stellen

Amt für Innovation, Organisation und Digitalisierung + 6,5 Stellen

Im Amt für Personal und zentrale Dienste ergibt sich durch den vorgeschlagenen Stellenzuwachs zunächst hauptsächlich die Möglichkeit, den benannten Zuwachs an Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Landkreisverwaltung in den letzten Jahren ordnungsgemäß aufzuarbeiten. Zudem können weitere Impulse im Bereich Personalmanagement, Arbeitgebermarke und Ausbildung gesetzt werden.

Im Amt für Innovation, Organisation und Dienstleistung schafft der vorgeschlagene Stellenzuwachs neben den Rahmenbedingungen für ein neues Amt, Raum für eine zielgerichtete und effiziente Aufbau- und Ablauforganisation und hierüber die Möglichkeit zu einem verstärkten Einstieg in Digitalisierungsprozesse durch Aufnahme, Strukturierung und Optimierung der amtsinternen Vorgänge mit dem Ziel einer digitalen Öffnung.

Im Ausschuss für Finanzen, Verwaltung und Kultur vorgeschlagen wurde, die Umsetzung des Prozesses extern begleiten zu lassen. Hierzu bietet es sich an, nach Prüfung der vergaberechtlichen Rahmenbedingungen, das die Untersuchung durchführende Unternehmen GfV

auch mit der Begleitung der Umsetzung der organisatorischen Änderungen zu beauftragen. Hierzu wird die Verwaltung dem Kreistag bzw. dem beschließenden Ausschuss in einer der nächsten Sitzungen einen Entscheidungsvorschlag vorlegen.

Im Zuge der Umsetzung der Organisationsuntersuchung ist vorgesehen, den Kreistag bzw. zunächst die mit der Begleitung der Untersuchung beauftragten Kreistagsmitglieder sowie den zuständigen Ausschuss regelmäßig über den Sachstand zu informieren. Dies gibt dem Kreistag die Möglichkeit, die Umsetzung zeitnah zu begleiten und frühzeitig Bedarfe und Themen einzubringen.

Für diese erste Stufe ist zunächst ein Zeitraum von rund einem Jahr vorgesehen. Im Anschluss daran schlägt die Verwaltung eine Neubewertung der erreichten Meilensteine vor, so dass ein die erste Stufe übersteigender Stellenbedarf nochmals neu begründet und bewertet werden muss und dies dem Kreistag erneut die Möglichkeit zu einer Entscheidung der weiteren Entwicklung gibt.

3. Finanzielle Auswirkungen:

Vorbehaltlich einer Stellenbewertung der einzelnen Stellen ergibt sich für die vorgeschlagene erste Umsetzungsstufe ein Personalaufwand pro Jahr in Höhe von rund 650.000 €. Hinzu kommen weitere Aufwendungen für technische und räumliche Bedarfe.

Der Aufwand für das Jahr 2022 ist abhängig vom Zeitpunkt der Einstellung der jeweiligen Person. Insgesamt ist mit Kosten von rund 300.000 € für das erste Jahr der Umsetzung zu rechnen.